

**Meinungsbeitrag unseres zuständigen MdEP und
Kandidaten für die Europawahl 2019, Reinhard
Bütikofer, für die Deutsch-Israelische Gesellschaft
Berlin-Brandenburg (DIG)**



Wir GRÜNE sind seit jeher aktiv engagiert im Kampf gegen Antisemitismus. Ob dieser als Wiedergeburt der schlimmsten deutschen und europäischen Vergangenheit daherkommt, oder als einseitig übersteigerte Israelkritik geäußert wird, ob durch hier geborene oder von Zuwanderinnen und Zuwandern artikuliert, wir bekämpfen Antisemitismus als eine unakzeptable Haltung, die mit Europas Werten unvereinbar ist.

Die entscheidende Auseinandersetzung gegen den Antisemitismus läuft im Alltag ab und sie steht und fällt mit gelebter Zivilcourage, die Antisemitismus entgegen tritt, wo auch immer dieser sich äußert. Für GRÜNE in Deutschland wie für die Europäische Grüne Partei (EGP) gibt es deshalb auch keine Gemeinsamkeit mit der BDS-Bewegung. Es ist nötig, dass auf Bundes- und Landesebene und ebenso auf der Ebene der Europäischen Union regelmäßig den Parlamenten über die Entwicklung des Antisemitismus berichtet wird und dort debattiert wird, welche Schritte jeweils neu erforderlich sind. Antisemitismusbeauftragte müssen finanziell und organisatorisch so ausgestattet sein, dass sie ihre Arbeit wirksam verrichten können. Es braucht Bildungsprogramme und Fortbildungen für Staatsbedienstete, Polizei- und Justizbeamte und Richterinnen und Richter. Schulpläne und Studienpläne besonders für Lehramtsstudiengänge müssen dem Kampf gegen Antisemitismus Rechnung tragen. Unter unseren Parlamentskandidaten hat Sergey Lagodinsky in besonderer Weise an Strategien gegen alte und neue Formen des Antisemitismus in verschiedenen Gremien seit Jahren mitgearbeitet und an der Entwicklung jüdischen Lebens in Deutschland aktiv mitgewirkt. Die Institutionen der EU müssen auch in den EU-Außenbeziehungen Antisemitismus dort zum Thema machen, wo dieser sich artikuliert.

Unsere Solidarität mit der israelischen Demokratie ist unverbrüchlich. Dass das demokratische Israel Heimstätte der Jüdinnen und Juden ist und gleichzeitig allen seinen Bürgerinnen und Bürgern Gleichheit vor dem Gesetz garantiert, ist für uns kein Gegensatz. Genau diese Gleichheit haben die zionistischen Gründerinnen und Gründer Israels versprochen und daran werden wir gegebenenfalls im Dialog erinnern, wo es nötig ist.

Nach unserer Auffassung gibt es nicht nur Israel und Arabische Länder, nicht nur Jüdinnen und Juden sowie Araberinnen und Araber, es gibt auch das palästinensische Volk, dessen Rechte berücksichtigt werden müssen. Wir sind überzeugt, dass dem Frieden zwischen Israel und den Palästinenserinnen und Palästinensern sowie dem Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt am besten gedient wäre durch die schon so lange verfolgte, gegenwärtig aber immer mehr in Frage stehende Zwei-Staaten-Lösung. In dem friedlichen Nebeneinander zweier unabhängiger Staaten Israel und Palästina müssen die Sicherheitsinteressen Israels genauso gewährleistet sein wie die Selbstbestimmung der Palästinenserinnen und Palästinenser. Derzeit wird die Zwei-Staaten-Lösung leider von keiner der beiden Seiten ernsthaft verfolgt. Auf palästinensischer Seite gibt es keine Autorität, die bereit und in der Lage wäre, terroristischen Angriffen gegen Israel etwa durch Raketen aus dem Gaza-Streifen wirksam den Garaus zu machen. Auf israelischer Seite werden durch die fortgesetzte Siedlungspolitik so viele einseitige Tatsachen geschaffen, dass der Vorstellung eines palästinensischen Staates die Luft auszugehen droht. Beide Seiten werden wir nicht gegeneinander aufrechnen. Aber beide Seiten tragen jeweils ihren Anteil dazu bei, den Konflikt zu verlängern. Wir hoffen, dass die nächste

israelische Regierung, die im Knesset-Wahlkampf angekündigte Annexionsstrategie für das Westjordanland nicht verfolgen wird.

Dass wir mit Israel gegen jegliche iranische Drohung solidarisch sind, ist allgemein bekannt. Dass Israel heute gegen solche Drohungen besser geschützt wäre, weil die amerikanische Regierung im Einklang mit den Vorstellungen der Regierung Netanjahu das Atomabkommen mit dem Iran aufgekündigt hat, bezweifeln wir entschieden. Dass es eine kluge Politik wäre, angesichts der tatsächlichen Bedrohung seitens des Iran, einfach auf dessen Regionalrivalen Saudi-Arabien zu setzen, der nach innen ebenso reaktionär ist und nach außen ebenso aggressiv ist, stellen wir auch in Frage. Aber es liegt nicht in unserer Hand, diese Entscheidungen zu treffen. Ebenso wenig können wir den Süden Syriens neu ordnen.

Bei der Beantwortung Ihrer Frage nach den Golanhöhen ist unser Ausgangspunkt das internationale Recht: Die Annexion der Golanhöhen durch Israel ist völkerrechtswidrig. Wir sind überzeugt, dass das Völkerrecht die geeignete Basis ist für die Lösung der Nahostkonflikte ist. Generell verteidigen wir das Völkerrecht, weil eine Rückkehr zum Recht des Stärkeren in den internationalen Beziehungen die multilaterale Weltordnung der letzten Jahrzehnte zerstören würde. Auch Israel kann unseres Erachtens an einem solchen Rollback kein Interesse haben.

Was die Rolle der EU bezüglich des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinenserinnen und Palästinensern betrifft, gibt es zweifellos zwischen den verschiedenen Mitgliedsländern und auch zwischen Grünen aus verschiedenen EU-Ländern unterschiedliche Auffassungen. Wo wir als deutsche Grüne mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Mitgliedsländern verschiedener Auffassung sind, werben wir für unsere Perspektive. Wir sehen aber nicht wie die Delegitimierung von UNRWA dem Frieden nützen sollte. Beim Auftritt von Abu Mazen im Europäischen Parlament 2016, der dort in der Tat unakzeptable Äußerungen tat, hat Reinhard Bütikofer, Vorsitzender der EGP, ebenso vernehmlich protestiert wie er im letzten Jahr einen Antrag unterstützte, bestimmte EU-Gelder im Zusammenhang mit Kritik an palästinensischen Schulbüchern vorläufig zu sperren. Unsere Europaabgeordneten haben auch in zahllosen Debatten um Resolutionen zum Israel-Palästina-Konflikt immer wieder dafür gestritten, dass Israels Politik nicht einseitig kritisiert und das Verhalten der palästinensischen Seite nicht schöngeredet wird. Aber wir sind auch nicht bereit, die palästinensische Seite und ihre legitimen Interessen einfach zu ignorieren.